

Gipfel-Treffen

EU-Staaten streiten über Euro-Bonds für Verteidigung

Die Europäer wollen ihren Rüstungssektor deutlich vergrößern. Über die Finanzierung besteht jedoch noch großer Dissens. Deutschland lehnt neue Gemeinschaftsschulden strikt ab.

Carsten Volkery

21.03.2024 - 17:13 Uhr



Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel: Neue Gemeinschaftsschulden für die Verteidigung? Foto: dpa

Brüssel. Der Streit über europäische Anleihen für Verteidigung überschattet den EU-Gipfel. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Polens Ministerpräsident Donald Tusk wollten neue Gemeinschaftsschulden fordern, um die europäische Rüstungsindustrie zu stärken und Waffenlieferungen an die Ukraine zu finanzieren. Das kündigten Diplomaten vor Gipfelbeginn am Donnerstag an.

Auch EU-Ratspräsident Charles Michel unterstützt die Forderungen. In einem Gastbeitrag forderte er diese Woche, die europäische Wirtschaft auf eine „Kriegswirtschaft“ umzustellen. EU-Anleihen könnten „ein machtvoll Instrument“ sein, um technologische Innovationen und die industrielle Basis in Europa zu stärken.

Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez sagte in Brüssel, Verteidigung sei ein gemeinsames öffentliches Gut. Deshalb müsse man über eine gemeinsame Finanzierung auf EU-Ebene reden.

Deutschland lehnt Euro-Bonds strikt ab

Neue Gemeinschaftsanleihen, auch bekannt als Euro-Bonds, sind für viele Mitgliedstaaten jedoch tabu – allen voran Deutschland. Die Bundesregierung beharrt darauf, dass das Experiment mit den EU-Schulden beim Corona-Wiederaufbaufonds eine einmalige Ausnahme bleiben soll.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) erwähnte die Euro-Bonds bei seiner Ankunft in Brüssel nicht. In Berliner Regierungskreisen hieß es aber, die theoretische Debatte lenke von den konkreten Lösungen ab, über die man auf dem Gipfel diskutieren wolle.



Die Bundesregierung lehnt neue Euro-Bonds strikt ab. Foto: IMAGO/Photo News

Ein anderer EU-Diplomat betonte, es gebe Alternativen, um die Rüstungsausgaben zu erhöhen. Wenn alle EU-Staaten das Nato-Ziel erfüllten und mindestens zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für die Verteidigung ausgaben, stünden schon zusätzliche 80 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung.

Noch sind die Schuldengegner im Rat in der Mehrheit. Sie haben bereits verhindert, dass im Entwurf der Gipfelerklärung der Begriff „innovative finanzielle Lösungen“ auftaucht. Die Formulierung sei „ein Finger, hinter dem sich ein ganzer Arm versteckt“, sagte ein Diplomat.

Verwandte Themen



Viktor Orb...
Folgen



Olaf Scholz
Folgen



Rüstungs...
Folgen



Russland
Folgen



Rüstungsi...
Folgen



Europäisc...
Folgen



Ukraine
Folgen



Nato
Folgen



Euro-f...
Folge

EU-Kommission soll „alle Optionen“ prüfen

Stattdessen heißt es nun im Entwurf: „Der Europäische Rat lädt den Rat und die Kommission ein, alle Optionen für die Finanzierung zu erkunden und im Juni Bericht zu erstatten.“ Dann findet der nächste EU-Gipfel statt.

Vorerst können sich die Regierungschefs nur darauf einigen, dass die Europäische Investitionsbank (EIB) mehr in Verteidigung investieren sollte. Im Entwurf der Gipfelerklärung wird die EU-Förderbank „eingeladen“, ihre Kreditrichtlinien für die Verteidigungsindustrie und die Definition von Dual-Use-Gütern anzupassen. Damit sind Produkte gemeint, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können, etwa Radargeräte, Satellitentechnik oder Cybersicherheitssoftware.

Das Mandat der EIB verbietet es, in Waffen und Munition zu investieren – also das, wofür dringend Geld gebraucht wird. Bisher zögern die Regierungen, das Mandat zu ändern, weil sie das gute Rating der EIB an den Finanzmärkten nicht riskieren wollen. Viele Anleger meiden den Rüstungssektor.

Hochverschuldete Staaten haben wenig Spielraum

Die Rufe nach neuen EU-Anleihen werden daher nicht so schnell verstummen – insbesondere, wenn die USA ihr Engagement in Europa weiter zurückfahren sollten. Aktuell blockiert der Kongress in Washington bereits Ukrainehilfen in Höhe von 60 Milliarden Dollar. Sollte der republikanische Bewerber Donald Trump nach der Präsidentschaftswahl im November ins Weiße Haus zurückkehren, dürfte der Druck auf die Europäer wachsen, das Zwei-Prozent-Ziel der Nato zu erreichen.

Gerade die hochverschuldeten Staaten im Süden Europas müssen jedoch sparen und tun sich schwer damit, Geld für zusätzliche Verteidigungsausgaben in ihrem Haushalt zu finden. Da erscheinen EU-Anleihen manchem Regierungschef als willkommener Ausweg.

Starken Druck machen seit Langem auch die baltischen Staaten, die einen russischen Überfall am meisten fürchten. Die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas hatte bereits im vergangenen Jahr einen europäischen Verteidigungsfonds gefordert.



Kaja Kallas verlangt spätestens seit Beginn des Ukrainekriegs mehr gemeinsame Verteidigungsausgaben.
Foto: REUTERS

Erstmals berieten die Gipfelteilnehmer auch über die neue Rüstungsstrategie (European Defence Industrial Strategy, kurz: EDIS) der EU-Kommission. Der Plan soll die heimische Rüstungsindustrie stärken und Europa weniger abhängig von Importen machen. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine haben die Europäer 80 Prozent ihrer Waffen im Ausland eingekauft, vor allem in den USA.

Scholz begrüßt Einsatz russischer Reserven

Auch hier ist die Finanzierung unklar. Die Strategie sieht nur 1,5 Milliarden Euro für gemeinsame Rüstungsprojekte vor. Zu wenig, um einen Unterschied zu machen, meinen Kritiker wie Guntram Wolff vom Brüsseler Thinktank Bruegel. Denn die europäische Rüstungsindustrie machte nach EU-Angaben im Jahr 2021 einen Umsatz von 70 Milliarden Euro und exportierte Militärgüter im Wert von 21 Milliarden Euro.

Die Rüstungsstrategie „scheut davor zurück, die Debatte über gemeinsame Schulden für Waffenlieferungen an die Ukraine voranzubringen“, bemängelt Wolff in einer Analyse. Zwar ist auch er der Meinung, dass die Aufrüstung nicht dauerhaft auf Pump finanziert werden sollte. Aber für die Waffenkäufe für die Ukraine seien neue Schulden vorübergehend gerechtfertigt, schreibt der Experte.



Ukraine-Krieg

„Den Ukrainern fehlt es nicht an Mut, sondern Munition“ – Nato-Chef richtet dramatischen Appell an den Westen

Immerhin haben die Europäer in den eingefrorenen russischen Zentralbankreserven eine neue Finanzierungsquelle gefunden. Seit Kriegsbeginn lagern rund 200 Milliarden Euro staatlicher russischer Gelder beim belgischen Zentralverwahrer Euroclear. Die Reserven werfen jedes Jahr mehrere Milliarden Euro an Anlage- und Zinsgewinnen ab.

Die Kommission hatte diese Woche vorgeschlagen, diese Sondergewinne abzuschöpfen und 90 Prozent davon für Waffenkäufe für die Ukraine zu verwenden.

Mehrere Regierungschefs begrüßten den Vorstoß. Kanzler Scholz sagte, in der Frage gebe es eine „große Einigkeit“. Das Geld solle zuallererst dafür verwendet werden, Waffen und Munition für Kiew zu erwerben. Der Gipfel solle eine „klare Richtung“ vorgeben.

Orban blockiert Auszahlungen aus EU-Fonds

Der luxemburgische Ministerpräsident Luc Frieden sagte, man wolle eine starke Botschaft an Russlands Präsident Wladimir Putin senden. Zugleich müsse man sicherstellen, dass internationale Anleger nicht das Vertrauen in das europäische Rechtssystem verlören.

Die Juristen der Kommission versichern, dass die Abschöpfung der Sondergewinne keine Enteignung sei, weil dieses Geld niemandem gehöre. Doch gibt es noch ein praktisches Problem: Die Sondergewinne sollen nämlich in die European Peace Facility (EPF) fließen. Aus diesem EU-Sonderfonds werden bereits jetzt Waffenlieferungen für Kiew finanziert.



Der ungarische Premier Viktor Orban blockiert bisher Auszahlungen an die Ukraine. Foto: dpa

Allerdings blockiert seit einem Jahr der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán die Auszahlungen aus dem Fonds. Die offizielle Erklärung: Budapest fordert eine Garantie, dass die Ukraine die ungarische OTP-Bank nie wieder auf ihre schwarze Liste der Kriegsunterstützer setzt. Orbáns wahres Motiv aber ist unklar.

Ein EU-Diplomat sagte, insgesamt blockiere Ungarn inzwischen 1,3 Milliarden Euro. Eine Aufstockung der EPF ist daher wirkungslos, solange Orbán sein Veto nicht aufgibt. Wann der Ungar seinen Widerstand aufgeben könnte, wollte am Donnerstag kein Diplomat vorhersagen.

Mehr: [So will Thierry Breton Europa kriegstüchtig machen.](#)